



AKTUELLE TARIFINFORMATIONEN

Gewerkschaft der Polizei, Stromstraße 4, 10555 Berlin, Abt. VII Tarifpolitik
V.i.S.d.P.: Alberdina Körner

Mehrheit der Länder verweigert Einigung! Streik geht weiter!

In den Verhandlungen am 10. und 11. März 2006 hat die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) unter der Führung des niedersächsischen Finanzministers Möllring am bisherigen Kurs festgehalten. Eine Mehrheit der Länder will keinen Kompromiss in diesem Tarifkonflikt – sie wollen die Bedingungen diktieren! Sie wollen längere Arbeitszeiten. Sie wollen Einsparungen zu Lasten der Beschäftigten durchsetzen.

Ignoranz statt Vernunft!

Die Gewerkschaftsseite hat in enger Abstimmung untereinander in allen noch offenen Fragen Kompromissvorschläge gemacht. Die TdL zeigt sich mehrheitlich aber nicht kompromisswillig. Der Verhandlungsführer der Länder, Möllring, hat in den Verhandlungen nicht einen einzigen Lösungsvorschlag vorgelegt. Im Gegenteil: Durch sein Beharren auf Maximalforderungen hat er jede Einigung unmöglich gemacht. Er will, dass die Länder Arbeitszeit, Weihnachts- und Urlaubsgeld einseitig diktieren können. Dies lehnt die Gewerkschaftsseite ab! Setzen sich die Arbeitgeber in dieser Linie heute durch, werden morgen weitere Verschlechterungen folgen.

Die kompromissbereiten Länder in der Minderheit!

Zwar waren einige Länder bereit, sich mit den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes zu verständigen, aber eine Mehrheit der Länder beharrt auf ihren Maximalforderungen. Letztlich zielt das darauf, bei den Ländern tariffreie Zonen zu schaffen. Ein solches Vorgehen ist nur möglich, wenn die Ministerpräsidenten der Länder dies decken.

Der Streik geht weiter!

Wir lassen uns nicht erpressen. Das können wir nicht hinnehmen. Deshalb wird der Streik fortgesetzt und ausgeweitet. Am Ende muss es einen Ausgleich der Interessen geben: Nicht ein einseitiges Diktat, von welcher Seite auch immer.

Gewerkschaftsseite strebt Lösung des Konflikts an!

In den Verhandlungen hat die Gewerkschaftsseite einen Lösungsvorschlag vorgelegt, der den Ländern entgegen kommt und den Weg zu einem Abschluss frei machen sollte. Der Vorschlag beinhaltet in den wesentlichen Punkten:

1. Arbeitszeit

Die Arbeitszeit bleibt bei 38,5 Stunden für die Beschäftigten in den Entgeltgruppen 1 – 10 (BAT X bis BAT IVa ohne Aufstieg nach III, Lohngruppe 1 - 9). Die Arbeitszeit in den Entgeltgruppen 11 – 14 (BAT IVa mit Aufstieg nach III bis BAT Ib) soll 39,5 Stunden und 40 Stunden in Entgeltgruppe 15 (BAT Ib mit Aufstieg oder BAT Ia) betragen.

2. Jahressonderzahlung

Die Jahressonderzahlung soll ebenfalls nach Entgeltgruppen gestaffelt werden:

EG	1 – 8	95%
EG	9–11	80%
EG	12–13	60%
EG	14–15	40%

3. Einkommenserhöhungen

Nachdem die Länder für 2005 eine Einkommenserhöhung vehement abgelehnt haben, hat die Gewerkschaftsseite vorgeschlagen:

Die Einmalzahlungen für 2006 und 2007 sollen jeweils betragen:

EG	1 – 8	450 €
EG	9–12	300 €
EG	13–15	100 €

Arbeitszeit betrifft alle!

Bei Neuregelung der Arbeitszeit im Bereich der Länder und der Gemeinden in Niedersachsen und Baden-Württemberg im Zuge dieses Streiks ist es durchaus denkbar, dass andere kommunale Arbeitgeberverbände eine Übertragung des Ergebnisses auf ihren Bereich fordern. Deshalb sind alle Beschäftigten von diesem Tarifkonflikt betroffen. Vorschläge zur Jahressonderzahlung und zur Einmalzahlung sind in finanzieller Hinsicht für Bund und Kommunen von vornherein wegen der anderen Beschäftigtenstruktur uninteressant.

Länder nicht kompromissbereit!

Die Arbeitgeber haben diese Vorschläge in den Wind geschlagen. Sie wollen noch viel mehr weitere Zugeständnisse – obwohl wir bereits bis an unsere Grenzen gegangen sind. Sie wollen den Konflikt eskalieren lassen!

Arbeitgeber allein verantwortlich!

Mit ihrer kompromisslosen Haltung tragen die Arbeitgeber die Verantwortung für die Fortsetzung des Konflikts. Die TdL will diktieren, was verdient und wie lange gearbeitet wird. Das entspricht nicht unserem Demokratieverständnis! Wir stehen für die Tarifautonomie, für Interessenausgleich, für Tarifverträge.

Dass es auch anders geht, zeigt die Haltung des Finanzministers aus Schleswig-Holstein, Stegner, der an der Verhandlungsführung der TdL unmissverständlich Kritik geübt hat: Diese sei nicht auf Einigung gerichtet gewesen, sondern eher darauf, so Stegner wörtlich: „Eine Einigung nicht haben zu wollen, weil man glaubt, man braucht keine Tarifverträge.“ Der stellvertretende TdL-Vorsitzende hat Recht! Die Arbeitgeber müssen sich bewegen, damit es zu einer Einigung kommen kann!

Für eine Tarifvertrag!

Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes sind weiter zu einer Lösung im Rahmen von Verhandlungen bereit. Dies geht jedoch nur, wenn die Tarifgemeinschaft deutscher Länder endlich ein verhandlungsfähiges Angebot vorlegt. Solange das ausbleibt, wird der Streik fortgesetzt.